

Normalisierung neoreaktionärer Politiken.

Einleitung

Im Spätsommer 2018, während wir diese Einleitung schreiben, ziehen Neonazis und rechte Hooligans durch die Straßen von Chemnitz und machen gleichermaßen Jagd auf als Nicht-Deutsche wahrgenommene Personen wie auf Journalist*innen und Gegendemonstrant*innen. Es gelingt ihnen zeitweise, mitten in Deutschland einen rassistischen Ausnahmezustand zu etablieren. Der stetig stärker werdende, neoreaktionär agierende, faschistische Flügel der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) um Björn Höcke verbündet sich aktiv mit den marodierenden Nazibanden und den mehrheitlich, aber nicht ausschließlich männlichen Aktivist*innen von »Pegida«, den »Identitären« und der verbotenen »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ). Höcke führt gemeinsam mit Lutz Bachmann und Siegfried Däbritz, den Initiatoren von »Pegida«, dem Publizisten, Aktivisten und Geschäftsführer des neurechten Verlags *Antaios*, Götz Kubitschek, und dem Kopf der österreichischen »Identitären«, Martin Sellner, dessen Buch *Identitär* in Kubitscheks *Antaios*-Verlag erschienen ist, den so genannten »Trauermarsch« an, der vorgeblich dem Gedenken an den wenige Tage zuvor in einer Messerstecherei zu Tode gekommenen Daniel H. gilt. Es ist der 1. September 2018, der 79. Jahrestag des Überfalls auf die Zweite Polnische Republik, der Beginn des von Nazi-Deutschland ausgegangenen und die Welt verheerenden völkerrechtswidrigen Angriffskrieges, auch der Beginn des nationalsozialistischen Völkermords an den europäischen Jüd*innen, an Sinti und Roma.

Die Parole der '89er Revolution, die zum Sturz des SED-Regimes und dem Ende der DDR beitrug, »Wir sind das Volk«, haben sich Höcke, Bachmann, Kubitschek und ihre Anhänger längst zu eigen gemacht. Ihre xenophoben Gewaltmärsche deklarieren sie als Selbstverteidigung gegen die so genannte »Messermigration« und wännen sich berechtigt, dies zu tun, weil »der« Staat »die« Bürger nicht schütze und Merkel »die Vandalen« ins Land geholt habe. Indem es Höcke und Co. gelingt, die destruktiven Energien rassistisch motivierter Normalbürger*innen, neurechte »intellektuelle« Vordenker*innen, Thinktanks und Publikationsprojekte, zunehmend besser organisierte und bislang in der NPD organisierte, militante Neonazis sowie den rechtsextremen Flügel der AfD zusammen zu führen, nimmt das Projekt einer völkisch-nationalen Sammlungsbewegung in Chemnitz erstmals deutlich Gestalt an.

Derweil relativiert der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmar die gewaltvollen Aufmärsche, der deutsche Innenminister Horst Seehofer macht einmal mehr Migration als »Mutter aller Probleme« aus, der Chef des deutschen Verfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, bezweifelt öffentlich via BILD-Zeitung, dass in Chemnitz überhaupt rechte, rassistisch motivierte Hetzjagden stattgefunden hätten und die Chefredakteure von ZDF und ARD nehmen die Einladung zu einem von der AfD Dresden organisierten Podium zu »Medien und Meinung« an. Immer noch stehen Feuilleton-Redaktionen bei Götz Kubitschek in Schnellroda Schlange, beginnen Reportagen über ihn und seine Familie mit Beschreibungen eines idyllischen Familienabendessens mit Salat, Ziegenkäse und selbst gebackenem Brot.¹ Thilo Sarrazins neue Kampfschrift, *Feindliche Übernahme. Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht* (2018), steht schon nach wenigen Tagen beim größten Buchversandhändler in den Sparten Politik, Multikultur und Wirtschaft auf Platz 1 der Verkaufslisten. In Berlin organisiert der Bundesverband Lebensrecht² zusammen mit christlichen Fundamentalist*innen zum fünfzehnten Mal den »Marsch für das Leben«, der u. a. die Illegalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen zum Ziel hat.

Schlaglichter einer Verschiebung der gesellschaftlichen Diskurse weit nach rechts, ermöglicht durch die andauernde Infragestellung der Grenzen des Sagbaren und die fortgesetzte Rede des »das wird man ja wohl noch sagen dürfen«. Ermöglicht auch durch die Umkehrung von Tabus und die gezielte Verbreitung von rassistischen, islamfeindlichen, antisemitischen und antifeministischen *fake news* sowie kruder Verschwörungstheorien in den sozialen Medien und Netzwerken. Ermöglicht schließlich durch nationalistische und völkische Kampagnen und Parteipropaganda, den durchschlagenden elektoralen Erfolg der erst 2013 gegründeten AfD, die Zunahme des Organisationsgrads, der Militanz und Gewaltbereitschaft außerparlamentarischer rechter Gruppen und Bewegungen und nicht zuletzt durch die in Teilen idyllisierenden und verharmlosenden Reportagen über Kubitschek und andere neurechte Ideolog*innen sowie das Beharren nicht Weniger, die Rechten hätten ein Recht darauf, ihre demokratiefeindliche, schmähende und Menschen verachtende Hassrede zu führen.

Das Land hat sich verändert. Was in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen, in Mölln und Solingen Anfang der 1990er Jahre begann und

¹ <https://www.tagesspiegel.de/themen/agenda/verleger-goetz-kubitschek-der-strategie-der-neuen-rechten/22963170.html>

² <https://www.bundesverband-lebensrecht.de/marsch-fuer-das-leben/>

im Terror des NSU auf infame Weise fortgesetzt wurde, zeigt sich heute auf den Straßen von Chemnitz und Freital, in den täglichen Angriffen auf geflüchtete Menschen und ihre Unterkünfte, in den Gewaltandrohungen gegenüber jenen, die sich für Geflüchtete engagieren. Längst haben wir auch *nolens volens* zu leben gelernt mit dem aggressiven und auf Ressentiment gestimmten Ton, den Publizist*innen und Politiker*innen wie Birgit Kelle und Harald Martenstein, Akif Pirinci und Beatrix von Storch, Thilo Sarazin, Matthias Matussek und viele andere anschlagen, wenn es um die Rechte geschlechtlicher, sexueller und anderer Minderheiten, um die geschlechtergerechte Gestaltung unserer Gesellschaft ganz allgemein oder die Gender Studies im Besonderen geht – und uns damit auseinander gesetzt. Sie alle haben wesentlich dazu beigetragen, dass eine Grammatik der Härte und die Register der Bezeichnung und des Verdachts, der Verfemung und Verleumdung zunehmend den öffentlichen Comment prägen. Respektlosigkeit, Hassrede und Gewalt sind so zu einem festen Bestandteil des Alltags geworden. Vernachlässigung und Verunsicherung, Ausgrenzung und Entwürdigung prägen vielleicht mehr denn je das gesellschaftliche Miteinander. Ein auftrumpfender und niederträchtiger Rassismus vergiftet das soziale Klima; sexistische sowie homo- und trans*feindliche Anfeindungen und Übergriffe nehmen zu. Das politische Parteiensystem findet keine Antwort auf die neoreaktionäre Landnahme der Demokratie oder bewegt sich – allen voran die CSU – selbst weiter nach rechts. Unterdessen etablieren sich in 14 deutschen Landtagen und im Bundestag AfD-Thinktanks, mit denen Akteur*innen aus dem völkisch-nationalistischen Spektrum in den Plenarsälen und der Öffentlichkeit für eine Normalisierung kruden völkischen Gedankenguts sorgen. Und während sich in Dresden und auch in vielen anderen Orten in Deutschland noch immer viele Hunderte von Islamfeindlichkeit mobilisieren lassen, anderenorts die Mobilisierung gegen »Genderwahn«, »Genderterror« und die vorgebliche »Frühsexualisierung« von Kindern zeitweise Abertausende »besorgte Bürger« auf die Straßen brachte und so genannte Hooligans gegen Salafisten (*HoGeSa*) marodierend durch Köln und Hannover zogen, breiten sich die teils selbst ernannten, teils von den Medien dazu hochgejazzten »intellektuellen« Vordenker*innen und Schriftsteller*innen des völkisch-nationalistischen Projekts auf den virtuellen und analogen Marktplätzen der Republik aus, um ihre Ideologie in den Kapillaren der Gesellschaft zu versenken. Mit ihrer Präsenz auf den Straßen und Plätzen, in den TV-Talkbuden und Sommerinterviews, in den täglichen Nachrichten, auf Twitter, Facebook und Youtube, in der Bildungsarbeit, in Sportvereinen und Nachbarschaftshilfen, in den Parlamenten und staatlichen Verwal-

tungen verfügt die Neue Rechte über das vielleicht wichtigste politische Instrument, um ihre Vorstellungen in den Herzen und Hirnen der Menschen zu verankern: Deutungshoheit. Der Prozess der Normalisierung neoreaktionärer Politiken der Feindschaft ist längst in vollem Gange.

Diese Normalisierung reaktionärer, teilweise proto-faschistischer Politiken ist freilich nicht auf Deutschland beschränkt. Im Sommer 2017 hatten faschistische Männerbanden waffentragend in Charlottesville, USA, demonstriert, die Regierung Trump trennt Familien und interniert Migrant*innen auf unbestimmte Zeit an den US-amerikanischen Außengrenzen. Tagtäglich subvertiert die selbe Regierung die Verfassung und mit Trumps Kandidaten für ein Richteramt im *Supreme Court*, Brett Kavanaugh, soll ein sich offen gegen reproduktive Rechte (Schwangerschaftsabbruch) sowie die Rechte von Lesben, Schwulen und Trans* ausprechender Jurist in das höchste US-amerikanische Gericht einziehen. In Schweden ging die rechte, EU-feindliche Partei der Schwedendemokraten, die offen gegen Muslime, Juden und schwedische Minderheiten wie die Samen polemisiert, als drittstärkste Kraft aus den Wahlen zum schwedischen Reichstag hervorgehen, die Regierung Erdogan in der Türkei inhaftiert noch immer eigene und fremde Bürger*innen, schränkt täglich mehr Bürgerrechte ein oder schafft sie gleich ganz ab, in Polen beschneidet die Regierung die Befugnisse des Verfassungsgerichts, in Ungarn, Indien, Russland und vielen anderen Staaten haben im Schatten entkernter demokratischer Institutionen längst autokratische Regime die politische Macht okkupiert, in Italien regiert ein offen rassistisch agierendes rechtspopulistisches Bündnis, in Österreich entschied sich die Mehrheit der Wählenden im vergangenen Jahr für eine deutlich nach rechts gerückte konservative ÖVP oder gleich ganz für die offen rechtsextreme, rassistische und antisemitische FPÖ.

Das weltweite Erstarken autoritärer Regime ebenso wie der Vormarsch terroristischer und fundamentalistischer Bewegungen, die zunehmende Spaltung der Gesellschaften in einen wie auch immer sich liberal-demokratisch verstehenden und einen rechtspopulistischen Teil, der stete Ruf nach einfachen Lösungen, das Absterben der Institutionen und Garantien der parlamentarischen Verfassungsdemokratie, der Mangel an inneren wie äußeren Frieden schaffenden Diskursen und Erzählungen, die Atomisierung der Subjekte im endlosen Strom der Waren und Medien, die Wiederbelebung manichäischer Freund/Feind-Dichotomien, die Dämonisierung der Fremden und der Rückgriff auf das vermeintlich Eigene, das es gegen diese Fremden zu verteidigen gilt, die Wiederkehr von Begriffen wie »Volk«, »Nation« oder gar »Rasse«, ebenso wie der Rekurs auf »Hei-

mat«, »Kultur« und »Identität«, auf »natürliche Geschlechterunterschiede« und »angestammte Territorien«; die Rede davon, dass »die« Fremden uns überrollen oder überschwemmen, sie unsere »Sozialsysteme destabilisieren«, »unsere Werte« missachten und ungerechtfertigt etwas bekommen, was doch eigentlich nur »uns« zusteht, sind in der Tat Anzeichen dafür, wie sehr die Grenzen zum Autoritären, Neoreaktionären, jedenfalls nicht mehr an der Demokratie, an Solidarität und Emanzipation orientierten verschoben wurden. Dazu gehört, wie gesagt, in der Regel auch ein mehr oder minder explizit formulierter Anti-Feminismus und Anti-Genderismus, die nicht als isolierbare Positionen zu verstehen sind, sondern als Teil einer (extrem) rechten Ideologie, für die der Fokus auf Nation und Volk als identitäre und homogene Gemeinschaften konstitutiv ist.

Anlässe zuhauf für die *feministischen studien*, nach den Möglichkeitsbedingungen der Verschiebung nach rechts sowie der Etablierung und Normalisierung neoreaktionärer Politiken zu fragen. Wir wollten (erste) Antworten aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern und unterschiedlichen disziplinären Hintergründen auf die Frage finden, *wie das möglich ist*. Wie vollzieht sich die Verschiebung nach rechts, die auch eine Diskursverschiebung ist, darin aber nicht aufgeht? Welche Dynamiken der Normalisierung rechter Rhetorik lassen sich ausmachen? Wie werden antidemokratische Einstellungen verbreitet und zunehmend zu »normalen« Ansichten? Kurzum: Wie werden reaktionäre Politiken normalisiert?

Wenn wir hier von »neoreaktionären Politiken« sprechen, wollen wir dies in deskriptiver Hinsicht verstanden wissen als Zusammenführung verschiedener Kräfte, die von national-konservativen über rechtspopulistische bis hin zu rechtsextremen, antidemokratischen Positionen, Programmen und Bewegungen reichen – und deren Verbindung in der Arbeit gegen die Demokratie und an der Aufhebung liberaler Werte besteht. Der Begriff »neoreaktionär« erscheint uns als derzeit passende Beschreibung dieser Koalition und ihrer Ziele: Neoreaktionäre Politiken reagieren auf gesellschaftspolitische Entwicklungen der Liberalisierung oder Reflexivierung; sie sind darauf gerichtet, emanzipatorische Errungenschaften im Bereich der Lebensformen, der Geschlechterverhältnisse und der Sexualität sowie der Familie zurückzunehmen und die mit Migrationsprozessen einhergehende soziale wie kulturelle Veränderung von Gesellschaft ebenso wie Prozesse politischer und wirtschaftlicher Globalisierung zu stoppen. Die neoreaktionäre Zukunft besteht in einer imaginierten Vergangenheit nationaler wie kultureller Homogenität, geschlechtlicher Eindeutigkeit und traditioneller Lebensformen. Die Verbindung zwischen historischen reaktionären und aktuellen neoreaktionären Kräften ist die Ablehnung der

Demokratie. Bezeichnete der erste Begriff die Koalition aus Adel, Klerus und Besitzenden, die sich Ende des 18. Jahrhunderts in Frankreich gegen Aufklärung und bürgerliche Revolution formierte, so ist die Abwehr der »kulturellen Revolution«, die häufig mit der Chiffre '68 verbunden wird, die treibende Kraft der *neoreaktionären* Formation.

Die *Beiträge* zu diesem Heft greifen diese Perspektive und die zuvor aufgeworfenen Fragen auf verschiedene Weise auf. Sie untersuchen, wie rechte Diskurse funktionieren und welche Bedeutung dem Rekurs auf traditionelle Geschlechterrollen und Familienverhältnisse dabei zukommt. Sie gehen der Verbreitung neoreaktionärer Ansichten nach und fragen nach den intellektuellen Fundamenten der rechten Weltanschauung, aber auch danach, wie rechtem Hass auf politische wie analytische Weise zu begegnen ist. In den Blick gerückt werden bislang in diesem Zusammenhang wenig beachtete soziale Kontexte wie die von *Franziska Schutzbach* beschriebene Szene der so genannten *Pick Up Artists* (PUA) – eine Szene, die sich selbst als Selbsthilfe-Community beschreibt, in der Männer erlernen, Frauen zu »verführen«.

Gabriele Kämper spürt in ihrem Aufsatz über *Rechte Lektüren* einem »rechten Lebensgefühl« nach, das in Leseempfehlungen der Zeitschrift *Sezession* und im publizistischen Programm des Verlags *Antaios* zum Ausdruck kommt. Die Zeitschrift, zu der ein gleichnamiger Blog gehört, und der Verlag dienen der Verbreitung neurechter Ideen. Sie werden wie das Institut für Staatspolitik (IfS) vom sachsen-anhaltinischen Schnellroda aus gesteuert, das in den vergangenen Jahren zum intellektuellen Zentrum der Neuen Rechten im deutschsprachigen Raum geworden ist. Politiker*innen der AfD sind hier genauso zu Gast wie Mitglieder der Identitären Bewegung.

Kämper zeichnet die Traditionslinien nach, an die in Schnellroda angeknüpft wird und die zur Ideologie der *Konservativen Revolution* der Weimarer Republik zurückreichen. Diese bilde den Referenzraum für den neurechten Aufbruch, der in Schnellroda in einer vitalistischen und kämpferischen Rhetorik entworfen werde und in der männliche Selbstvergewisserung ein zentrales Moment darstelle. Dass es in rechter Politisierung und Radikalisierung immer auch um männliche Selbstvergewisserung geht, beschreibt ebenfalls *Franziska Schutzbach*, die am Beispiel der *Pick-Up-Artists* Allianzen zwischen Maskulinität und rechten Ideologien aufzeigt. Wie sich der neoreaktionäre Aufbruch in verschiedenen europäischen Kontexten darstellt, haben *Stefanie Mayer*, *Iztok Sori*, *Birgit Sauer* und *Edna Ajanovic* untersucht. Den verschiedenen rechten Strömungen gemein ist der Anspruch, »das Volk« zu repräsentieren, wobei die eigene

Gruppe, ›das Volk‹, in doppelter Abgrenzung zu ›den Eliten‹ einerseits und zu minorisierten Gruppen andererseits konstruiert wird. In beiden Fällen werden Geschlecht und Sexualität zur Grenzziehung eingesetzt. Der Fokus der Analyse von *Mayer et al.* liegt auf diesen Abgrenzungsdiskursen und der Frage, wie genau ›Geschlecht‹ darin in Anschlag gebracht und vor allem, wie es mit anderen Kategorien der Differenz (wie Sexualität, Ethnizität, *race*, Nationalität und Religion) verwoben wird.

Eine Gegenrede zum rechtspopulistischen Entwurf ›des Volkes‹, der grundlegend über Ausgrenzung und moralische Überhöhung funktioniert, wird im zeitgenössischen Theater formuliert, worauf *Andrea Zimmermann* hinweist. Sie stellt zwei aktuelle Theatertexte vor, die sie »als Gegen-Erzählungen zum glücklich wiedervereinten Volk« liest und in denen diejenigen eine Bühne erhalten, die »für die ›Kehrseite der Volksfigur‹ stehen«. Ihre Erzählungen legen Grundlagen für die Imagination alternativer Kollektivität. Wir haben diesen Beitrag bewusst zwischen den Analysen rechter Diskursstrategien platziert, um diese gleichsam zu unterbrechen und den hier dargestellten Politiken der Feindschaft Alternativen entgegenzusetzen.

Wie der Feindschaft entgegenzutreten ist, beschäftigt auch *Nikita Dhanwan*, die in ihrem Beitrag nach der Rolle des Staates im Umgang mit öffentlich geäußertem Hass fragt. Sie diskutiert das politische Prinzip der Meinungsfreiheit und wägt die Regulierung öffentlicher Äußerungen ab, wofür sie Positionen zur Frage staatlicher Zensur aufgreift, die im Kontext der feministischen Auseinandersetzung mit Pornografie formuliert wurden.

Die Rubrik *Zur Diskussion* wird mit einer direkten Entgegnung auf den von uns in Anschlag gebrachten Begriff der »neoreaktionären Politiken« eröffnet. Für die Klärung der Frage, »warum sich die Kategorie Geschlecht aktuell derart im Zentrum populistischer Kritik befindet« halten *Christopher Fritzsche* und *Juliane Lang* den Begriff für ungeeignet und schlagen – nach einer überaus aufschlussreichen Diskussion des Begriffes »neoreaktionär« – vor, mit einem, über normative Kriterien definierten Begriff von ›Antifeminismus‹ zu arbeiten, wenn »anti-emanzipatorische Phänomene und Einstellungen im Bereich der Geschlechterpolitik« untersucht werden sollen.

Eine begrifflich-konzeptionelle Frage wird ebenfalls von *Patrick Wiertelowski* aufgeworfen, der ausgehend vom (vermeintlichen) Widerspruch zwischen der Ablehnung von ›Gender‹ und der gleichzeitigen national-konservativen Integration von Homosexualität danach fragt, ob beide Positionen nicht doch eher als Bestandteile des rechten Identitätsdiskurses zu

begreifen seien. Was beide Positionen vereine, so Wielowiejski, sei die Befürchtung, Identität sei bedroht – einerseits die geschlechtliche, andererseits die national-kulturelle Identität. Daraus resultiere die Frage, wie das analytische Instrumentarium zu beiden Phänomenen – Anti-Genderismus (Hark / Villa) und Homonationalismus (Puar) – zusammengedacht werden könne oder ob es neuer Konzepte bedürfe.

Die Rubrik *Zur Diskussion* wird beschlossen von einem Beitrag von *Kathleen Heft*, der sich der Zuschreibung einer besonderen Empfänglichkeit für rechte Abgrenzungsrhetorik an den Osten Deutschlands widmet. Die Figur des »Braunen Ostens« sei, so das Argument von Heft, ein Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit, dem sehr wohl statistische wie materielle Realitäten zugrunde lägen, das aber auch Fragen aufwerfe.

Als Kommentare und gewissermaßen Gegengewichte zu den beklemmenden Darstellungen rechter Diskursverschiebungen und neoreaktionärer Politiken sind die Beiträge in den Rubriken *Im Gespräch*, *Außer der Reihe* und *Bilder und Zeichen* zu verstehen: Das Gespräch zwischen *Sabine Hark* und *Sahra Dornick*, der Schriftstellerin *Gila Lustiger* und der Philosophin *Judith Butler* über die Kraft der literarischen Imagination ebenso wie die Überlegungen zum Begriff der Befreiung von *Christina Thürmer-Rohr*, die von zum Teil sehr persönlichen Erfahrungen in der linken und feministischen Bewegung der 1960er und '70er Jahre ausgehen. Die künstlerischen Arbeiten von Turner-Preisträgerin *Lubaina Himid*, die wir in *Bilder und Zeichen* vorstellen, kommentieren auf ihre Weise die Gegenwart und die ihr innewohnenden Spuren von kolonialer Aneignung, Unterwerfung und Ausbeutung.

Ein Tagungsbericht und Rezensionen zum Schwerpunktthema wie zu anderen Themen sind auch in diesem Heft enthalten. Des Weiteren füllen wir eine neue Rubrik, in der aus aktueller Forschung berichtet wird. In diesem Heft stellt *Petra Ahrens* erste Ergebnisse einer Untersuchung zu den Aktivitäten antifeministischer Politiker*innen im Frauenrechtsausschuss des Europäischen Parlamentes vor.

Sabine Hark und Aline Oloff